



Wirtschaft. Politik. Wissenschaft.



1

319 Bericht von Sarah Godar, Hjalte Boas, Matthew Collin, Carolina Moura und Andreas Økland

Automatischer Informationsaustausch über Auslandsvermögen funktioniert, doch Regierungen sind bei Transparenz zögerlich

- Studie untersucht Umsetzung des Common Reporting Standards (CRS)
- Trefferquoten der Steuerbehörden hoch, bei Firmenkonstrukten aber deutlich niedriger
- Um Steuerhinterziehung weiter einzudämmen, sollte Transparenz bei Firmenvermögen verbessert werden

328 Interview mit Sarah Godar

332 Gratulationen – 100 Jahre DIW Berlin

Herzlichen Glückwunsch,
DIW Berlin!

100 JAHRE – 100 GESCHICHTEN

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

1925 BIS 2025



Quelle: © DIW Berlin

Wie sich die Vermögensverteilung in Deutschland entwickelt hat



Seit 40 Jahren forscht das DIW Berlin anhand von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), wie sich die Ungleichheit in Deutschland entwickelt. Charlotte Bartels, wissenschaftliche Mitarbeiterin des SOEP, hat darüber hinaus auf Basis von Vermögensteuerdaten und gemeinsam mit anderen Forscher*innen berechnet, wie die Vermögenskonzentration vor 100 Jahren, also zur Zeit der Gründung des DIW Berlin, aussah, wie sie sich bis heute entwickelt hat und wie Deutschland im Vergleich zu anderen Industrieländern dasteht.

Die ganze Geschichte und viele weitere können Sie auf unserer Jubiläumswebsite lesen: www.diw.de/100jahre



IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 28. Mai 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Stefan Bach

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

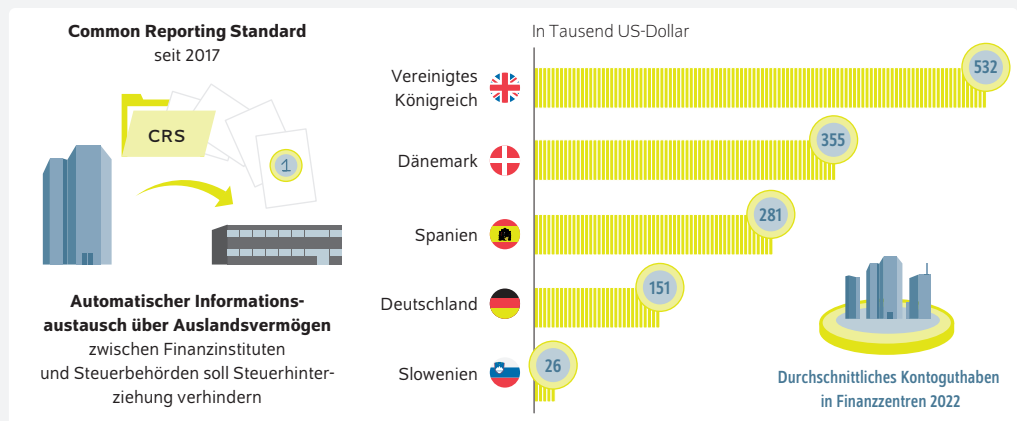
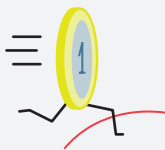
Automatischer Informationsaustausch über Auslandsvermögen funktioniert, doch Regierungen sind bei Transparenz zögerlich

Von Sarah Godar, Hjalte Boas, Matthew Collin, Carolina Moura und Andreas Økland

- Studie untersucht Umsetzung des automatischen Informationsaustauschs über Auslandsvermögen (nach Common Reporting Standard) zwischen Banken und Steuerbehörden
- Durchschnittliches Kontoguthaben beträgt 70 000 US-Dollar; bei Konten in Finanzzentren wie Schweiz oder Luxemburg liegt der Kontostand um ein Vielfaches höher
- Trefferquoten der Steuerbehörden liegen bei 86 bis 92 Prozent, aber Zuordnung bei Firmenkonten sollte verbessert werden, um Steuerhinterziehung effektiver zu bekämpfen
- Gemeldete CRS-Vermögen von privaten Haushalten in Finanzzentren sind mindestens 30 Prozent niedriger als zuvor geschätzte Offshore-Vermögen
- Mehr Transparenz über den Datenaustausch könnte Vertrauen in die Politik stärken

Die größten Auslandsvermögen liegen in Finanzzentren, wo ein erhöhtes Risiko für Steuerhinterziehung besteht

Im Ausland angelegtes Vermögen in **Finanzzentren** wie Luxemburg und der Schweiz unterliegt einem höheren Risiko der **Steuerhinterziehung**



Quelle: Angaben der Steuerbehörden aus den jeweiligen Ländern; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

ZITAT

„Die über den CRS gemeldeten Vermögen sind deutlich gestiegen. Werden aber nur die Vermögen in bei Steuerhinterziehenden beliebten Finanzzentren betrachtet, sind diese niedriger als die vom EU Tax Observatory geschätzten Offshore-Vermögen. Insbesondere die Identifikation der Steuerpflichtigen hinter passiven Firmenkonstrukten scheint noch verbesserungswürdig.“ — Sarah Godar —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Sarah Godar
www.diw.de/mediathek

Automatischer Informationsaustausch über Auslandsvermögen funktioniert, doch Regierungen sind bei Transparenz zögerlich

Von Sarah Godar, Hjalte Boas, Matthew Collin, Carolina Moura und Andreas Økland

ABSTRACT

Mit dem 2013 eingeführten automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten im Rahmen des Common Reporting Standard (CRS) gelang den G20-Staaten ein Durchbruch bei der Bekämpfung internationaler Steuerhinterziehung. Der vorliegende Bericht veröffentlicht erstmals gesammelte Statistiken über die von 16 Ländern im Rahmen des CRS erhaltenen Informationen. Diese decken etwa 30 Prozent der laut OECD im Jahr 2022 ausgetauschten Informationen ab. Detailliertere von Dänemark, Deutschland, Spanien, Slowenien und dem Vereinigten Königreich bereitgestellte Daten zeigen, dass Auslandsvermögen stärker in Finanzzentren wie Luxemburg oder Schweiz konzentriert sind und dort häufig von passiven Firmenkonstrukten gehalten werden. Die über den CRS gemeldeten Haushaltsvermögen in Finanzzentren sind allerdings mindestens 30 Prozent niedriger, als bisherige Schätzungen über Offshore-Vermögen nahelegten, was als Hinweis auf Untererfassung gewertet werden könnte. Die gemeldeten Trefferquoten der Finanzbehörden deuten auf eine gute Qualität und Verarbeitung der CRS-Daten hin. Bei über Unternehmensstrukturen gehaltenen Konten, die mit einem höheren Steuerhinterziehungsrisiko verbunden sind, besteht jedoch noch Verbesserungsbedarf. Die Politik sollte die Steuerbehörden bei der Datenverarbeitung umfassend unterstützen und mehr Transparenz über Auslandsvermögen und die Effektivität des Informationsaustauschs herstellen.

Bei der Bekämpfung internationaler Steuerhinterziehung ist den 20 führenden Industrie- und Schwellenländern (G20) ein entscheidender Durchbruch gelungen: An dem 2013 eingeführten automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten unter dem Common Reporting Standard (CRS) beteiligen sich mehr als 100 Länder und Gebiete. Das internationale Abkommen verpflichtet Finanzinstitute seit dem Jahr 2017 dazu, Kontoinformationen von nicht im Land ansässigen Kontoinhaber*innen zu erheben und an ihre Steuerverwaltungen weiterzuleiten. Diese wiederum haben sich verpflichtet, die gesammelten Informationen automatisch mit den jeweils zuständigen Steuerbehörden im Wohnsitzland der Kontoinhaber*innen zu teilen. Ziel des automatischen Informationsaustauschs ist es, Transparenz über auf Auslandskonten generierte Kapitaleinkommen herzustellen und damit deren rechtmäßige Besteuerung abzusichern. Insbesondere werden Finanzinstitute verpflichtet, auch die wahren wirtschaftlichen Eigentümer*innen hinter Briefkastenfirmen zu ermitteln, um gängige Verschleierungskonstrukte der Schattenfinanzwelt aufzudecken und unwirksam zu machen.

Knapp ein Jahrzehnt nach der Einführung bleibt die Frage, in welchem Umfang Auslandsvermögen auch weiterhin der Besteuerung im Wohnsitzland entzogen werden, ein zentrales Thema in Politik und Wissenschaft. Doch die bisher veröffentlichten Erkenntnisse sind noch sehr lückenhaft. Viele Steuerverwaltungen und Finanzministerien zeigen sich zurückhaltend und veröffentlichen nur wenige Informationen über die erhaltenen Daten – obwohl die Veröffentlichung aggregierter Statistiken kaum ein Risiko für die bei personenbezogenen Einzeldaten angebrachte Vertraulichkeit darstellen würde.

Um zur Auswertung der Effektivität des automatischen Informationsaustauschs beizutragen und die Transparenz über die ausgetauschten Datenmengen zu erhöhen, veröffentlicht der vorliegende Bericht erstmals Statistiken über die von 16 Ländern im Rahmen des CRS erhaltenen Informationen. Die Statistiken wurden von Finanzministerien und Steuerverwaltungen auf Anfrage bereitgestellt oder zum

Kasten

Gemeldete Auslandsvermögen gemäß CRS

Der von der OECD eingeführte Common Reporting Standard (CRS) verpflichtet Banken und andere Finanzinstitute seit 2017, Kontostände und Kapitalerträge auf Konten von Steuerpflichtigen im Ausland zu melden – auch wenn diese Konten über Firmenstrukturen gehalten werden. Um die aggregierten Daten über die durch den CRS erfassten Auslandsvermögen zu erheben, wurden Finanzministerien, Steuerbehörden und Statistikämter in 34 CRS-Ländern kontaktiert – 16 davon lieferten zumindest die globale Summe der für ihr Land berichteten Auslandsvermögenswerte oder hatten diese bereits veröffentlicht.¹ Zwar war kein Land bereit, Aufschlüsselungen nach Meldeländern zu liefern, einige stellten jedoch Daten nach Ländergruppen oder Art der Eigentümer*innen bereit. 19 Länder antworteten trotz mehrfacher Nachfrage nicht oder gaben an, aus Vertraulichkeitsgründen keine Daten weitergeben zu dürfen, da dies über die Befugnisse internationaler Abkommen hinausgehe. Das ist überraschend, da statistische Auswertungen klar von personenbezogenen Mikrodaten abzugrenzen sind.²

Die Daten wurden auf unterschiedlichen Wegen erhoben: In Belgien, Japan und Südafrika waren sie öffentlich zugänglich, für das Vereinigte Königreich wurde ein Antrag auf Informationsfreiheit

1 Dazu gehören Belgien, Brasilien, Dänemark, Deutschland, Estland, Japan, Kanada, Norwegen, Polen, Schweden, Slowenien, Spanien, Südafrika, Tschechien, Ungarn und das Vereinigte Königreich.

2 Andres Knobel (2019): Statistics on automatic exchange of banking information and the right to hold authorities (and banks) to account. Tax Justice Network (online verfügbar, abgerufen am 30. Juli 2024).

gestellt, und in Deutschland erfolgte der Zugang über das Netzwerk Empirische Steuerforschung des Finanzministeriums. Besonders detaillierte Daten lieferte dank einer Forschungs Kooperation die dänische Steuerverwaltung, darunter Angaben zum Anteil der Konten in Hand von passiven Gesellschaften ohne identifizierbare wirtschaftliche Eigentümer*innen.

Insgesamt wurden aggregierte Zahlen für 16 Länder zusammengetragen; fünf davon lieferten zusätzliche Aufschlüsselungen nach Finanzzentren, vier nach direkter beziehungsweise indirekter Kontoinhaberschaft durch natürliche Personen oder Unternehmen. In manchen Fällen lagen Zeitreihen vor, in anderen nur Einzeljahre.

Da im Fall von mehreren Kontoeigentümer*innen pro Eigentümer*in ein separater CRS-Datensatz erstellt wird, kommt es zu Doppelzählungen. Der basierend auf den dänischen Daten entwickelte Vorschlag, die Kontostände durch die Zahl der Kontoinhaber*innen zu teilen, bevor eine Aggregation erfolgt, wurde nicht in allen Ländern umgesetzt. Norwegen und Slowenien gaben an, die Daten um Doppelzählung bereinigt zu haben, im Fall von Norwegen zumindest teilweise. Belgien, Kanada, Deutschland und Spanien wiesen hingegen explizit auf mögliche Doppelzählungen hin. Bei den anderen Ländern lagen keine Angaben vor. Mehr Informationen zu möglichen Korrekturen der Doppelzählung finden sich im Online-Appendix des englischsprachigen Berichts.³

3 Hjalte Boas et al. (2025): Assessing the Coverage of the Automatic Exchange of Information under the CRS. EU Tax Observatory (im Erscheinen).

Teil aus anderen Veröffentlichungen zusammengetragen (Kasten). Im vorliegenden Bericht werden der Umfang der berichteten Auslandsvermögen analysiert und Auskünfte über die Datenqualität und -nutzung seitens der Steuerbehörden zusammengefasst.

Abgeglichen werden die Daten mit bisherigen Schätzungen des EU Tax Observatorys, eines unabhängigen Forschungsinstituts, das sich seit Jahren der Untersuchung von Steuerhinterziehung und -vermeidung widmet. Die aktuellen Schätzungen des globalen Offshore-Vermögens, an denen auch zwei Autorinnen dieses Wochenberichts beteiligt waren, gehen davon aus, dass Haushalte weltweit im Jahr 2022 Finanzvermögen im Wert von 11,5 Billionen US-Dollar offshore in internationalen Finanzzentren hielten.¹ Für dasselbe Jahr gibt die OECD an, dass unter dem

1 Finanzzentren sind Volkswirtschaften, in denen das Geschäft mit Finanzdienstleistungen für vermögende Privatkunden, insbesondere aus dem Ausland, überdimensioniert im Verhältnis zur heimischen Wirtschaft ist, zum Beispiel die Britischen Jungferninseln, Luxemburg oder die Schweiz. Als hybride Finanzzentren könnten das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika bezeichnet werden, in denen auch relevante reale wirtschaftliche Aktivitäten stattfinden und größere Bevölkerungen leben, die wiederum selber Vermögen in anderen Finanzzentren halten. Vgl. Souleymane Faye et al. (2025): Global offshore wealth, 2001–2023. EU Tax Observatory (im Erscheinen). Wegen der schwierigen Abgrenzbarkeit wurden die hybriden Finanzzentren im vorliegenden Wochenbericht den Nicht-Finanzzentren zugerechnet.

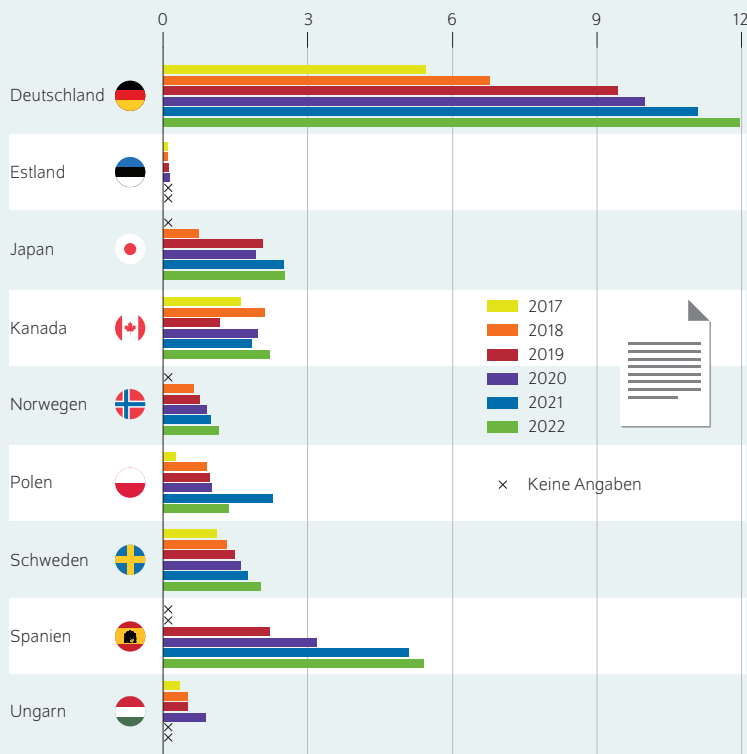
CRS Informationen über Finanzvermögen von insgesamt umgerechnet 12,7 Billionen US-Dollar ausgetauscht wurden. Es wäre naheliegend zu schlussfolgern, dass das Problem anonymer Offshore-Vermögen damit gelöst sei, da zwei völlig unabhängig voneinander erhobene Zahlen ein ähnliches Bild zeichnen. Die vorliegende Auswertung zeigt jedoch, dass diese Schlussfolgerung zu optimistisch wäre.

Informationen über die Effektivität des CRS sind noch lückenhaft

Der CRS verpflichtet Banken und andere Finanzinstitute, Kontostände und Kapitalerträge auf Konten von Steuerpflichtigen im Ausland zu melden – auch wenn diese Konten über Firmenstrukturen gehalten werden. Dazu muss festgestellt werden, wer ein Konto tatsächlich kontrolliert, wie das Einkommen erzielt wird und wo die wirtschaftlich Berechtigten steuerlich ansässig sind. Firmen werden in aktive und passive Nicht-Finanzunternehmen unterteilt: Erstere erzielen überwiegend aktive Einkünfte (zum Beispiel aus Beratung), letztere vor allem passive Einkünfte (zum Beispiel aus Zinsen und Dividenden). Bei über passive Firmenstrukturen gehaltenen Konten bestand bisher ein erhöhtes Risiko, dass die dort eingehenden Kapitalerträge den Steuerbehörden verborgen

Abbildung 1

Anzahl der empfangenen CRS-Berichte nach Ländern
In Millionen



Anmerkungen: Berücksichtigt wurden nur Länder, die Angaben für mehrere Jahre gemacht haben. Die von Slowenien empfangenen CRS-Berichte stiegen ebenfalls deutlich an (von 3 000 im Jahr 2017 auf 6 000 im Jahr 2022), sind jedoch aufgrund des zu geringen Maßstabs in der Grafik nicht enthalten.

Quelle: Angaben der Steuerbehörden aus den jeweiligen Ländern; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Die Zahl der CRS-Meldungen ist seit der Einführung des CRS kontinuierlich gestiegen.

teilweise durch die Rückführung von Vermögen ins Heimatland erklären, etwa in Dänemark³ oder Norwegen⁴, teils aber auch durch Verlagerung in Länder außerhalb des CRS, insbesondere in die USA.⁵ Die Wirkung des CRS hängt auch von der Rechtsdurchsetzung in Steueroasen ab: Aus Ländern mit schwacher Umsetzung ist die Rückführung von Vermögen deutlich seltener.⁶

Trotz eingeschränktem Zugang zu Mikrodaten zeigen erste Studien, dass der CRS Steuerverwaltungen hilft, grenzüberschreitende Steuerhinterziehung zu bekämpfen – etwa durch mehr Selbstanzeigen oder gezielte Prüfungen.⁷ Eine Analyse geleakter CRS-Daten einer Bank auf der Isle of Man legt allerdings nahe, dass erhebliche Vermögen aufgrund von Ausnahmeregelungen für bestimmte Einkommensarten und Gesellschaftsformen der Meldung entgehen.⁸

Trotz wichtiger Fortschritte bestehen weiterhin Schlupflöcher, die in der Literatur diskutiert werden. So können Meldegrenzen durch Aufteilung von Konten unter mehreren Personen gezielt unterschritten werden⁹ oder eigene sogenannte *Shell Banks* eingesetzt werden, die die Meldepflicht durch Dritte faktisch in eine Selbstmeldepflicht umwandeln.¹⁰ Desweiteren können *Citizenship-by-investment*- und *Residence-by-investment*-Programme genutzt werden, um den CRS zu umgehen.¹¹ Zudem ist die Umsetzung durch Banken noch lückenhaft.¹²

Einzelne Behörden und öffentliche Stellen gewähren Einblicke

Nur wenige Staaten veröffentlichen bisher Statistiken zu den im Rahmen des CRS übermittelten oder empfangenen Daten. Noch seltener sind Bewertungen zur Wirksamkeit,

bleiben. Dies sollte sich mit dem CRS ändern. Doch darüber, wie gut die Identifizierung der wirtschaftlich Berechtigten hinter Firmenkonstrukten funktioniert, ist bisher wenig bekannt.

Vorsichtig positive Bilanz erkennbar

Die Wirksamkeit des CRS erhält wachsende Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen Literatur. Frühere Studien zeigen, dass die Einführung des CRS spürbare Auswirkungen auf internationale Finanzströme hatte: Grenzüberschreitende Bankeinlagen in Finanzzentren beziehungsweise Steueroasen gingen um zwölf bis 35 Prozent zurück.² Dies lässt sich

² Sebastian Beer, Maria Delgado Coelho und Sebastien Leduc (2019): Hidden treasure: The impact of automatic exchange of information on cross-border tax evasion. International Monetary Fund; Elisa Casi, Christoph Spengel und Barbara Stage (2020): Cross-border tax evasion after the common reporting standard: Game over? Journal of Public Economics, 190, 104240; Lukas Menkhoff und Jakob Miethe (2019): Tax evasion in new disguise? Examining tax havens' international bank deposits. Journal of Public Economics, 176, 53–78 (online verfügbar, abgerufen am 19. Mai 2025. Die gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders angegeben); Pierce O'Reilly, Kevin Parra Ramirez und Michael Stemmer (2021): Exchange of information and bank deposits in international financial centres. Hacienda Publica Espanola, 239, 27–69.

³ Hjalte Boas et al. (2024): Taxing capital in a globalized world: The effects of automatic information exchange. Technical report. National Bureau of Economic Research.
⁴ Annette Alstadsæter et al. (2023): Lost in information: national implementation of global tax agreements. NHH Dept. of Business and Management Science Discussion Paper Nr. 22.
⁵ Casi et al. (2020), a. a. O.
⁶ Alstadsæter et al. (2023), a. a. O.
⁷ Boas et al. (2024), a. a. O.
⁸ Jeanne Bomare und Matt Collin (2025): When Bankers become Informants: Behavioral Effects of Automatic Exchange of Information. EU Tax Observatory (im Erscheinen).
⁹ Beer, Delgado Coelho und Leduc (2019), a. a. O.
¹⁰ Um zu vermeiden, dass Finanzinstitute ihre Konteninformationen an die Behörden weitergeben, können Vermögende eigene Finanzintermediäre quasi als Briefkastenbanken gründen, auf die dann die Berichtspflicht übergeht, die damit effektiv in eine Selbstmeldepflicht umgewandelt wird. Vgl. Noam Noked und Zachary Marcone (2023): Closing the "shell bank" loophole. Virginia Journal of International Law 64, 119.
¹¹ Citizenship-by-investment- und Residence-by-investment-Programme ermöglichen es Personen, durch eine finanzielle Investition eine Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltsgenehmigung in einem anderen Land, oft ohne lange Aufenthaltszeiten, zu erhalten. Die CRS-Berichte über ihre Konten würden dann an diese neuen (vermeintlichen) Wohnsitzländer geschickt, die möglicherweise ihrerseits zwar CRS-Informationen senden, aber sie nicht selbst einfordern oder nicht auswerten. Vgl. Andres Knobel und Frederik Heim Müller (2018): Citizenship and residency by investment schemes: Potential to avoid the common reporting standard for automatic exchange of information (online verfügbar); Dominika Langenmayr und Lennard Zyska (2023): Escaping the exchange of information: Tax evasion via citizenship-by-investment. Journal of Public Economics, 221 (online verfügbar).
¹² U.S. Senate Finance Committee (2023): Credit Suisse's role in U.S. tax evasion schemes: A democratic staff investigation; Boas et al. (2024), a. a. O.; Bomare und Collin (2025), a. a. O.

zur Datenqualität oder zur Nutzung durch die Steuerbehörden. Positive Ausnahmen sind Belgien, Norwegen, Slowenien und das Vereinigte Königreich, die zumindest teilweise öffentlich über ihre Erfahrungen mit dem CRS berichten.¹³ Aus ihren Berichten ergeben sich drei zentrale Erkenntnisse: Erstens erreichen CRS-Daten meist hohe Trefferquoten beim Abgleich mit nationalen Steuerregistern. In Belgien waren zum Beispiel nur rund vier Prozent der Meldungen für 2016/17 nicht eindeutig zuzuordnen.¹⁴ Die Trefferquote ist bei direkt geführten Konten höher, sinkt aber bei Firmenkonten oder bei wirtschaftlich Berechtigten, unter anderem aufgrund fehlender internationaler Unternehmenskennziffern oder bei mehreren Eigentümer*innen.

Zweitens zeigen sich Unterschiede zwischen CRS-Meldungen und den von Steuerpflichtigen selbst deklarierten Vermögen. In Slowenien waren nur knapp 20 Prozent der für 2023 gemeldeten Konten bereits durch Steuerpflichtige angegeben.¹⁵ Unklar bleibt, ob dies daran liegt, dass manche durch den CRS übermittelte Vermögen oder Einkommen steuerlich eigentlich nicht meldepflichtig wären oder ob die Diskrepanz tatsächlich auf unvollständige Meldung oder andere Ursachen zurückzuführen ist. Das Vereinigte Königreich schätzt, dass nur vier Prozent der betroffenen Personen im Steuerjahr 2018/19 ihre Auslandseinkünfte unvollständig deklarierten – mit einem Steuerausfall von etwa 300 Millionen Pfund.¹⁶

Drittens scheint die systematische Nutzung von CRS-Daten für Steuerprüfungen bislang begrenzt. Norwegen etwa berichtet, dass vor 2022 die Daten oft zu spät oder unvollständig ankamen. Seitdem habe sich die Lage deutlich verbessert – unter anderem durch eine stärkere Fokussierung auf besonders vermögende Personen. Seit 2025 nutzt die norwegische Steuerverwaltung CRS-Daten für gezielte Prüfungen und „Nudging“-Maßnahmen wie Erinnerungsschreiben oder Hinweise in Steuerformularen.¹⁷ In Belgien werden die Daten zur Risikoanalyse bei der Steuerfahndung genutzt.¹⁸

Auslandsvermögen sind insbesondere in Finanzzentren erheblich

Der vorliegende Datensatz aus 16 Ländern umfasst ein globales Auslandsfinanzvermögen von 3,6 Billionen US-Dollar – das entspricht knapp 30 Prozent des von der OECD für 2022 gemeldeten weltweiten Betrags von 12,7 Billionen

¹³ Für Belgien: Cour des Comptes (2020): Échange automatique de données fiscales au niveau international. Rapport de la cour des comptes transmis à la chambre des représentants, Brüssel (online verfügbar); für das Vereinigte Königreich: UK Government (2024): Undisclosed foreign income in self-assessment by UK residents 2018 to 2019 (online verfügbar); für Norwegen: Riksrevisjonen (2024): Skatteetatens arbeid med å avdekke norske skattepliktige inntekter og formuer i utlandet samt kryptovaluta. Technical report, Riksrevisjonen, October 2023 (online verfügbar); für Slowenien: Finančna uprava Republike Slovenije (2025): Letno poročilo finančne uprave republike slovenije za leto 2024. Technical report, Ministrstvo za finance (online verfügbar).

¹⁴ Cour des Comptes (2020), a. a. O.

¹⁵ Finančna uprava Republike Slovenije (2025), a. a. O.

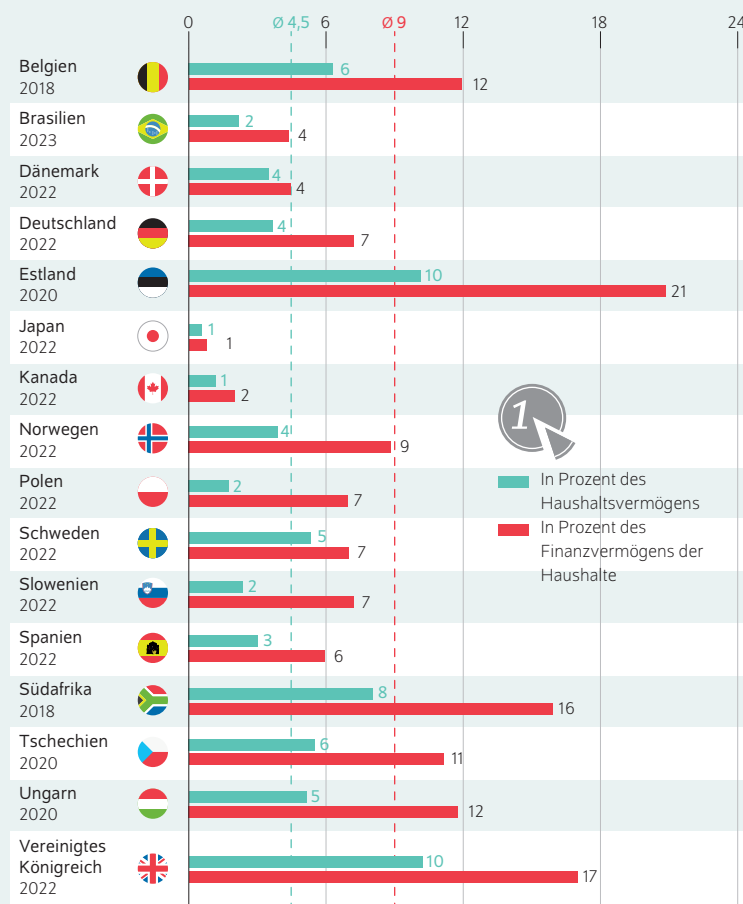
¹⁶ UK Government (2024), a. a. O.

¹⁷ Riksrevisjonen (2024), a. a. O.

¹⁸ Cour des Comptes (2020), a. a. O.

Abbildung 2

Anteil des CRS-gemeldeten Vermögens am Gesamtvermögen der Haushalte In Prozent



Anmerkungen: Finanzvermögen von Brasilien, Deutschland, Spanien und Südafrika wurden geschätzt auf Basis des durchschnittlichen Verhältnisses von Finanzvermögen zu Gesamtvermögen.

Quellen: Angaben der Steuerbehörden aus den jeweiligen Ländern; World Inequality Database; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

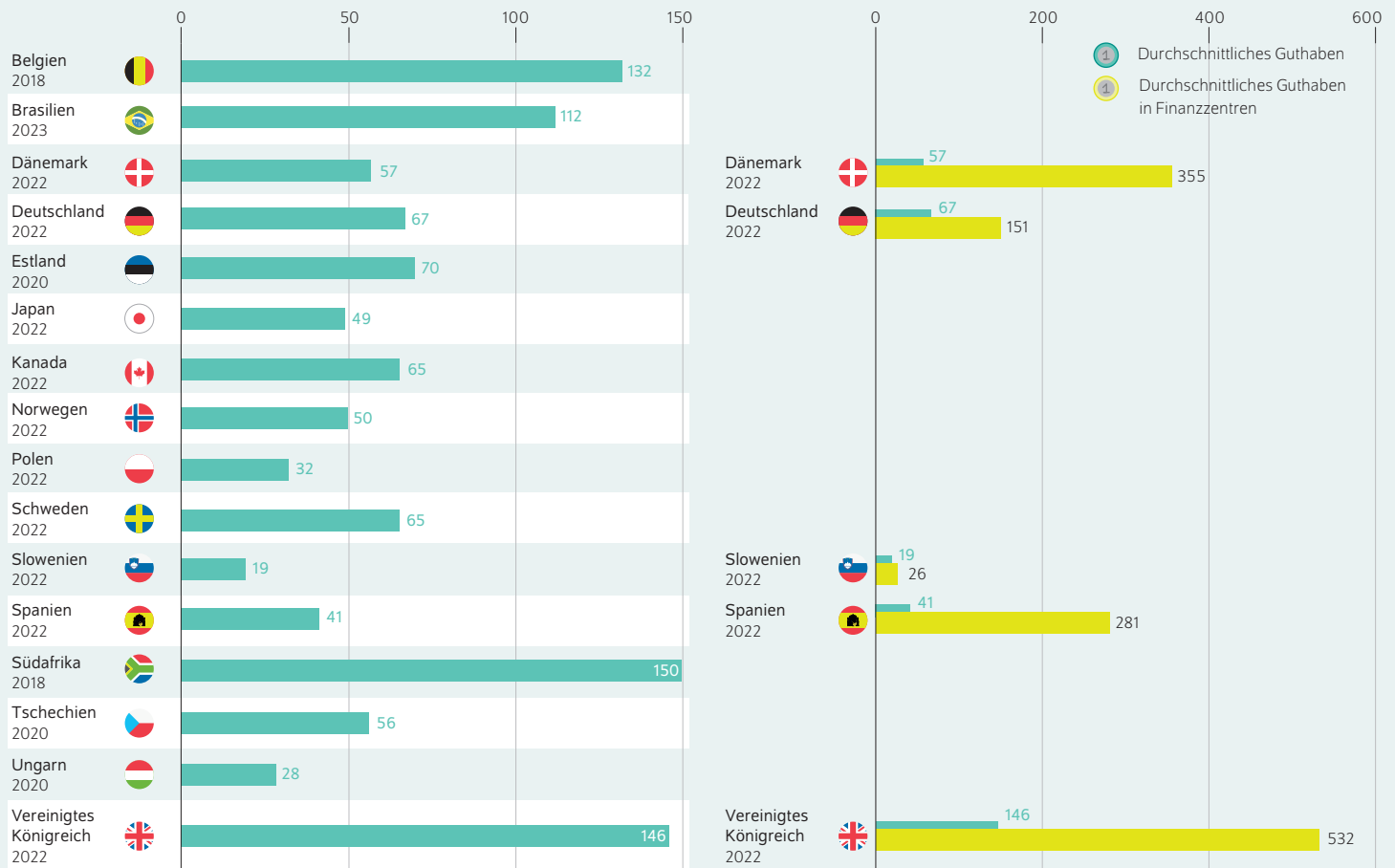
Auf Auslandskonten summieren sich durchschnittlich neun Prozent des Finanzvermögens der jeweiligen Länder.

Dollar. Seit dem Start des CRS ist die Zahl der jährlichen Meldungen deutlich gestiegen, was auch auf den Beitritt weiterer Länder zum Informationsaustausch zurückzuführen ist. In den meisten Fällen ist ein steter Anstieg zu beobachten, was auf eine verbesserte Abdeckung hindeutet (Abbildung 1). Teilweise wurden Meldungen im Nachhinein angepasst, etwa wegen verspäteter Einreichungen, Korrekturen oder besserer Datenbereinigung, was einzelne Sprünge im sonst gleichmäßigen Anstieg erklären dürfte.

Der CRS erfasst einen relevanten Anteil der Nettohaushaltsvermögen des Landes, dem Auslandsvermögen gemeldet wurden. Im Durchschnitt entsprechen die über den CRS gemeldeten Vermögen rund vier Prozent der gesamten Haushaltsvermögen des jeweiligen Landes beziehungsweise

Abbildung 3

Durchschnittliches Guthaben auf Auslandskonten nach Ländern der Kontoeigentümer*innen
In Tausend US-Dollar



Anmerkung: Die Aufschlüsselung nach Finanzzentren (rechts) wurde nur von den abgebildeten Ländern bereitgestellt.

Quelle: Angaben der Steuerbehörden aus den jeweiligen Ländern; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Das durchschnittliche Guthaben auf Auslandskonten in Finanzzentren ist deutlich höher als auf Konten in anderen Ländern.

neun Prozent des Finanzvermögens der Haushalte (ohne Sachvermögen wie Immobilien) eines Landes. In Brasilien, Kanada und Japan sind die gemeldeten CRS-Werte im Verhältnis zum Haushaltsvermögen vergleichsweise gering (Abbildung 2). Das deutet darauf hin, dass dort weniger Auslandsvermögen gehalten werden oder dass ein größerer Teil der Auslandsvermögen in den USA liegt, die nicht am CRS teilnehmen.

Die gemeldeten Auslandsvermögen einzelner Haushalte sind erheblich: Der durchschnittliche Kontostand im Ausland beträgt 70 000 US-Dollar. Bei Haushalten aus Belgien, Brasilien, Südafrika und dem Vereinigten Königreich liegt der Durchschnitt bei über 100 000 US-Dollar pro Auslandskonto. Ungarn, Polen und Slowenien melden die niedrigsten Durchschnittswerte mit unter 40 000 US-Dollar (Abbildung 3). Einige Länder stellen separate Zahlen für Auslandsvermögen in Finanzzentren wie Luxemburg, den Britischen

Jungferninseln und der Schweiz zur Verfügung. Diese differenzierte Betrachtung ermöglicht eine Schätzung, bei wie viel dieser Vermögen tatsächlich von einem erhöhten Steuerhinterziehungsrisko auszugehen ist. Es zeigt sich durchweg, dass in Finanzzentren deutlich höhere Vermögen gehalten werden. Die dänischen Vermögen in Finanzzentren sind im Schnitt sogar sechsmal höher als der Durchschnitt aller dänischen Auslandsvermögen. Das könnte darauf hindeuten, dass wohlhabendere Haushalte eher Vermögen in Finanzzentren halten. Konten außerhalb der Finanzzentren könnten hingegen häufiger Restbestände aus früherer Berufstätigkeit im Ausland oder einem Auslandsstudium sein.

Viel Auslandsvermögen von passiven Firmen in Finanzzentren

Ein zentrales Ziel des CRS ist es, die wirtschaftlich Berechtigten hinter Briefkastenfirmen zu identifizieren. Zwar sind

Tabelle

Angaben zur Eigentümer*innenstruktur und Qualität der CRS-Daten
In Prozent

	Referenzjahr	Anteil der Firmenkonten	Anteil der Firmenguthaben am Gesamtauslandsvermögen	Anteil der Guthaben passiver Firmen am Gesamtauslandsvermögen	Gesamttrefferquote der Steuerbehörden	Trefferquote bei Firmenkonten	Anteil der Konten passiver Firmen mit verfügbaren Eigentümerinformationen
Belgien	2018	4			95	72	
Deutschland	2022	2	50	20	82	39	
Dänemark	2022	3	82	46			60
Spanien	2022				96		
Japan	2022	1	34				
Norwegen	2022	2	79	18	96		
Schweden	2022	2	37	13			
Südafrika	2018	2	16				
Vereinigtes Königreich	2022	4	37	23			59

Anmerkungen: Die Daten zur Eigentümer*innenstruktur und Datenqualität wurden nur von einem Teil der Länder veröffentlicht oder auf Anfrage bereitgestellt. Die Trefferquote bezieht sich auf den Anteil der erhaltenen Berichte, die inländischen Steuerzahler*innen zugeordnet werden konnten.

Quelle: Angaben der Steuerbehörden aus den jeweiligen Ländern.

© DIW Berlin 2025

laut reiner Zählung nur wenige Konten auf Firmen registriert (zum Beispiel ein Prozent in Japan, vier Prozent in Belgien und dem Vereinigten Königreich), doch der Anteil am gesamten Auslandsvermögen ist erheblich: Im Schnitt halten Firmen 48 Prozent des gemeldeten Auslandsvermögens, mit großen Unterschieden zwischen den Ländern (zum Beispiel 16 Prozent in Südafrika, 82 Prozent in Dänemark).

Besonders häufig kommen passive Firmenkonstruktionen in Finanzzentren vor: 63 Prozent des von Finanzzentren an Dänemark gemeldeten Vermögens entfallen auf passive Gesellschaften; nur 17 Prozent des Vermögens passiver Firmen liegen auf Konten in Nicht-Finanzzentren. Ein ähnliches Muster, wenn auch weniger ausgeprägt, zeigt sich in Deutschland (23 Prozent versus zehn Prozent), Slowenien (15 Prozent versus elf Prozent) und dem Vereinigten Königreich (24 Prozent versus 20 Prozent). Die Kombination aus passiven Firmenkonstruktionen und Vermögensverwaltung in Finanzzentren deutet darauf hin, dass für diesen Teil des Auslandsvermögens ein stark erhöhtes Steuerhinterziehungsrisiko besteht.

Trefferquoten der Steuerbehörden bei Firmen verbesserungswürdig

Entscheidend für den Nutzen der Daten sind deren Qualität und die Auswertungsmöglichkeiten der Steuerbehörden. Die Trefferquoten beim Abgleich der CRS-Berichte mit im Inland registrierten Steuerpflichtigen liegen in Belgien, Deutschland, Norwegen und Spanien zwischen 82 und 96 Prozent (Tabelle). Für Unternehmenskonten sind sie deutlich geringer (zum Beispiel Belgien 72 Prozent, Deutschland 39 Prozent). Dänemark und das Vereinigte Königreich berichten zudem, dass nur bei rund 60 Prozent der indirekt über passive Firmen gehaltenen Konten die tatsächlichen Eigentümer*innen ermittelt werden konnten. Insgesamt zeigen die

Zahlen, dass die Daten größtenteils von guter Qualität und die Steuerbehörden erfolgreich bei ihrer Verarbeitung sind. Zugleich scheint aber Verbesserungspotenzial bei der Identifikation von Firmenstrukturen und wirtschaftlichen Eigentümer*innen zu bestehen.

Gemeldete Haushaltsvermögen in Finanzzentren niedriger als geschätzte Offshore-Vermögen

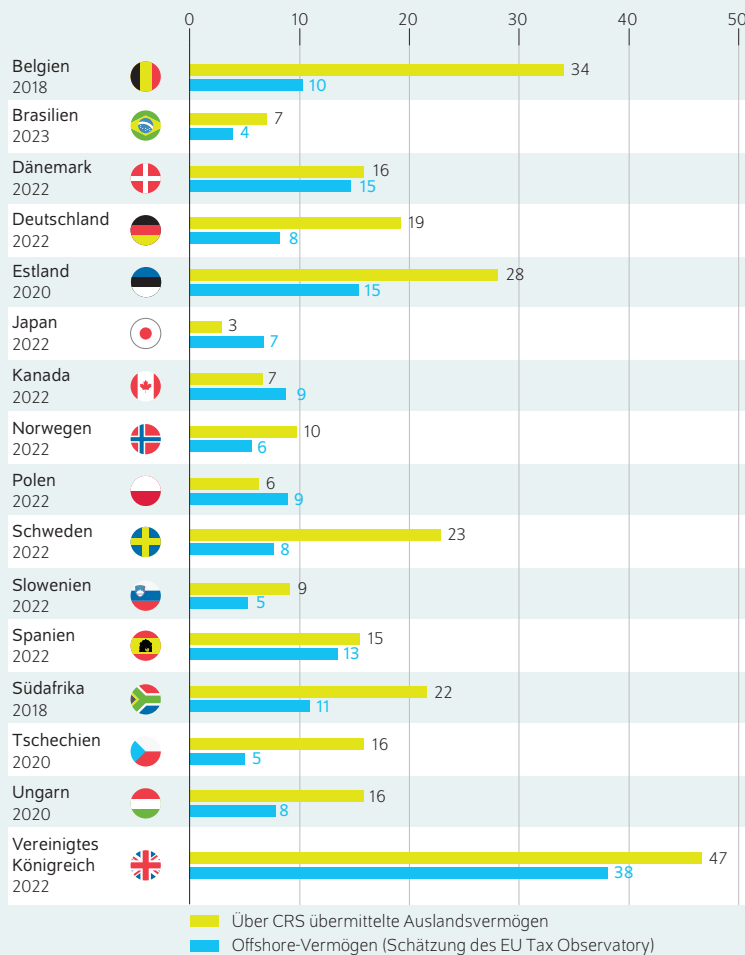
Um eine Vorstellung davon zu erhalten, ob die CRS-Meldungen eine realistische Einschätzung der Auslandsvermögen erlauben, werden diese Daten mit bisherigen Schätzungen des EU Tax Observatory über Offshore-Vermögen verglichen. Allerdings sind die globalen Summen der unter dem CRS gemeldeten Auslandsvermögen nicht ohne Weiteres mit den vom EU Tax Observatory geschätzten Offshore-Vermögen¹⁹ vergleichbar, da sich letztere nicht auf Daten der Steuerbehörden, sondern auf internationale Finanzstatistiken stützen. Zudem bezieht sich die Schätzung des Offshore-Vermögens erstens nur auf in Finanzzentren gehaltene Vermögen und zweitens nur auf von Privathaushalten oder passiven Firmenkonstruktionen gehaltene Vermögen, die indirekt Privathaushalten gehören. Die global aggregierten CRS-Zahlen isolieren die direkt oder indirekt von Privatpersonen gehaltenen Konten nicht von Konten aktiver Firmen und enthalten auch Kontostände von passiven Firmen in CRS-Ländern, deren Eigentümer*innen aber nicht in CRS-Ländern wohnen. Die Behörden wurden daher darum gebeten, die CRS-Statistiken nach Konten in Finanzzentren und nach Konten, die direkt oder indirekt Privathaushalten zuzuordnen sind, zu untergliedern.

Das global gemeldete CRS-Kontoguthaben übersteigt die Schätzungen für Offshore-Vermögen in 13 von 16 Ländern

¹⁹ Faye et al. (2025), a. a. O.

Abbildung 4

Auslandsvermögen nach CRS und geschätzte Offshore-Vermögen laut EU Tax Observatory
In Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Angaben der Steuerbehörden aus den jeweiligen Ländern (CRS); EU Tax Observatory (Offshore); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Die über den CRS gemeldeten Auslandsvermögen sind in 13 von 16 Ländern höher als die vom EU Tax Observatory geschätzten Offshore-Vermögen.

deutlich (Abbildung 4). Dänemark, Deutschland, Slowenien, Spanien und das Vereinigte Königreich stellen die für den Vergleich mit Offshore-Vermögen erforderliche Untergliederung der CRS-Daten bereit. Zumindest in Deutschland, Spanien und dem Vereinigten Königreich werden die Zahlen jedoch nicht um Doppelzahlungen bereinigt und müssten vermutlich nach unten korrigiert werden. Die deutschen und slowenischen Vermögen in Finanzzentren mussten außerdem nach unten korrigiert werden, damit sie sich auf dieselbe Liste von Finanzzentren beziehen wie die Zahlen der anderen Länder.²⁰

²⁰ Für die Liste der Finanzzentren und vorgenommene Korrekturen vgl. Online-Appendix von Hjalte Boas et al. (2025): Assessing the coverage of the automatic exchange of information under the CRS. EU Tax Observatory (im Erscheinen).

Die Untergliederung bestätigt, dass die im Rahmen des CRS gemeldeten Vermögen in Finanzzentren konzentriert sind: Durchschnittlich 60 Prozent des gesamten gemeldeten Vermögens werden in Finanzzentren gehalten. Dieser Anteil ist am höchsten im Vereinigten Königreich: Britische Haushalte haben 78 Prozent ihres Auslandsvermögens in Finanzzentren oder über Finanzzentren vermittelt angelegt, während slowenische Haushalte mit nur 29 Prozent eine Ausnahme darstellen. Der größte Teil des Vermögens in Finanzzentren gehört privaten Haushalten (81 Prozent). Dazu gehören auch indirekt über passive Nicht-Finanzfirmen gehaltene Vermögen. Die Länderergebnisse reichen von 70 Prozent in Deutschland bis 92 Prozent im Vereinigten Königreich.

Die Schätzungen des EU Tax Observatory für Offshore-Vermögen übersteigen die von privaten Haushalten in Finanzzentren gehaltenen und durch den CRS gemeldeten Vermögen in allen Fällen außer Deutschland (Abbildung 5). In Dänemark machen CRS-gemeldete Vermögen von Einzelpersonen in Finanzzentren 63 Prozent des geschätzten Offshore-Vermögens aus. Der Anteil beträgt 63 Prozent für Spanien, 44 Prozent für Slowenien und 88 Prozent für das Vereinigte Königreich. Die mögliche Schlussfolgerung, dass heute im Durchschnitt 70 Prozent des geschätzten Offshore-Vermögens durch den CRS abgedeckt sind, erscheint jedoch zu optimistisch. Die Daten in Deutschland, im Vereinigten Königreich und in Spanien wurden nicht um Doppelzahlungen bereinigt; damit dürfte die Abdeckung deutlich niedriger liegen (Kasten). Würde die dänische Bereinigung um Doppelzahlungen, die die Vermögen um 41 Prozent reduziert, auch auf die britischen, deutschen und spanischen Zahlen angewandt, würde die Abdeckung auf 52 Prozent für das Vereinigte Königreich, 72 Prozent für Deutschland und 37 Prozent für Spanien sinken. Die durchschnittliche Abdeckung läge dann nur noch bei 54 Prozent. Das mag nicht schlecht erscheinen, da bei der Gesamtbetrachtung auch die Auslandskonten hinzuzufügen wären, die über das FATCA-Abkommen abgedeckt sind. In diesem ist der Informationsaustausch zu Auslandsvermögen mit den USA, die nicht am CRS beteiligt sind, geregelt. Auch könnte die vorgeschlagene Korrektur um Doppelzahlungen zu konservativ sein, wenn zum Beispiel die Anzahl von Konten mit mehreren Eigentümer*innen unter den Ländern stark variiert, sodass die britische, deutsche oder die spanische Steuerverwaltung bei selbst vorgenommener Korrektur andere Ergebnisse erzielen würde.

Fazit: Mehr Transparenz nötig, um Steuergerechtigkeit zu verbessern

Im Ausland angelegtes Finanzvermögen unterliegt einem höheren Risiko der Steuerhinterziehung. Mit dem 2017 in Kraft getretenen automatischen Informationsaustausch CRS soll Transparenz über auf Auslandskonten generierte Kapitaleinkommen hergestellt werden, um die rechtmäßige Besteuerung abzuschern. Die vorliegenden Daten aus 16 am CRS beteiligten Ländern decken knapp 30 Prozent der von der OECD berichteten globalen CRS-Vermögen ab.

Der Auswertung der CRS-Daten zufolge sind die Auslandsvermögen im Verhältnis zum Haushaltsvermögen erheblich. Das durchschnittliche Kontoguthaben im Ausland beträgt 70 000 US-Dollar. Ein Großteil davon wird in Finanzzentren wie den Britischen Jungferninseln, Luxemburg oder der Schweiz angelegt. Hier sind Konten, die durch passive Firmen und damit indirekt von Privatpersonen gehalten werden, besonders häufig. Dies sind vermutlich auch die Konten mit höherem Steuerhinterziehungsrisiko, da solche Firmenkonstrukte oft zur Verschleierung von Eigentumsverhältnissen genutzt werden.

Zwar sind die gemeldeten Trefferquoten der Behörden insbesondere bei privaten Konten hoch (82 bis 96 Prozent), was bedeutet, dass sie die CRS-Berichte inländischen Steuerzahler*innen zuordnen können. Dies deutet auf eine gute Datenqualität und -verarbeitung hin. Doch die Zuordnungsraten für durch Unternehmen gehaltene Konten sind noch verbesserungswürdig. Unklar ist, ob es an Friktionen bei der Datenverarbeitung, an Gesetzeslücken oder Umsetzungsschwierigkeiten bei den Finanzinstituten und mangelnder Kontrolle liegt.

Auch wenn der CRS bereits erste Früchte trägt, sollten die Bemühungen zur Verbesserung der Effektivität des CRS insbesondere bei den Unternehmenskonten fortgesetzt werden. Dazu bedarf es auch politischer Unterstützung der Arbeit der Steuerbehörden, damit die Datenqualität verbessert und Steuergerechtigkeit hergestellt werden kann. Zudem bedarf es mehr Transparenz bei der Offenlegung der CRS-Statistiken, um gegebenenfalls politischen Druck auf Länder, deren Daten zu niedrigen Trefferquoten führen, auszuüben.

Die regelmäßige Veröffentlichung von CRS-Statistiken würde die Auswertung erleichtern und die Transparenz über im Ausland gehaltene Privatvermögen erhöhen. Sie könnte helfen, Kapitalflucht zu messen, und eine informierte öffentliche Debatte über die Effektivität der Besteuerung von Kapitaleinkommen fördern. Um das Potenzial des CRS als neue zentrale Datenquelle zu nutzen, wäre ein einheitlicher Standard für Datenaufbereitung und Veröffentlichung hilfreich.²¹ Dazu sollte die OECD klar definieren, dass die bei

²¹ Andres Knobel (2019): Statistics on automatic exchange of banking information and the right to hold authorities (and banks) to account. Tax Justice Network (online verfügbar, abgerufen am 30. Juli 2024).

Sarah Godar ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | sgodar@diw.de

Hjalte Boas ist Doktorand an der University of Copenhagen und beim dänischen Steuerministerium (Skatteministeriet) | hfb@econ.ku.dk

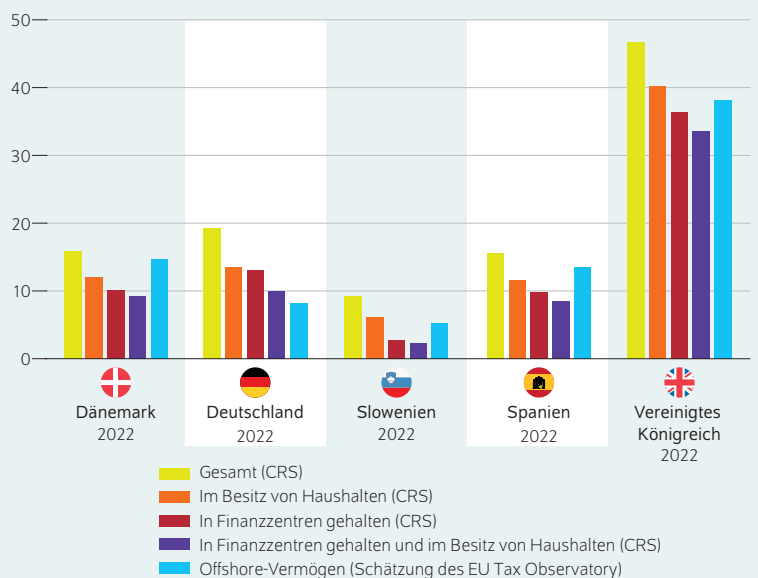
Matt Collin ist Senior Economist am EU Tax Observatory | mattcollin@gmail.com

JEL: D31, H26, H87

Keywords: Automatic exchange of information, wealth, tax evasion, tax enforcement

Abbildung 5

In Finanzzentren gehaltene Haushaltsvermögen laut CRS und geschätzte Offshore-Vermögen
In Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Anmerkung: Für diese Auswertung haben nur diese fünf Länder die für den Vergleich mit Offshore-Vermögen erforderliche Untergliederung der CRS-Daten bereitgestellt. Die Zahlen aus Deutschland und Spanien wurden nicht um Doppelzählungen bereinigt. Slowenien gibt nur Vermögen an, das slowenischen Steuernummern zugeordnet werden konnte. Die anderen Länder geben alle gemeldeten Konten an.

Quelle: Angaben der Steuerbehörden aus den jeweiligen Ländern (CRS); EU Tax Observatory (Offshore); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Außer in Deutschland übersteigt das geschätzte Offshore-Vermögen die vom CRS gemeldeten Vermögen privater Haushalte in Finanzzentren.

Steuerdaten notwendige Vertraulichkeit nur für Mikrodaten auf Ebene der Steuerpflichtigen gilt und nicht für Einkommens- und Vermögensstatistiken, die aus den CRS-Daten entstehen.²² Öffentliche CRS-Statistiken würden nicht nur Forschenden, sondern auch politischen Entscheidungsträger*innen helfen, die Effektivität des internationalen automatischen Informationsaustauschs über den CRS besser zu beurteilen und letztlich eine gerechte Besteuerung auch von Kapitaleinkommen sicherzustellen.

²² Knobel (2019), a. a. O.

Carolina Moura ist Research Assistant am EU Tax Observatory | carolina.moura@psemail.eu

Andreas Økland ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am EU Tax Observatory und der Norwegian University of Life Science | andreas.okland@nmbu.no

INTERVIEW



„Die Zuordnungsraten bei den Firmenkonten könnten noch verbessert werden“

Sarah Godar, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin



1. Frau Godar, der automatische Informationsaustausch CRS (Common Reporting Standard) verpflichtet Banken und andere Finanzinstitute seit 2017, Kontostände und Kapitalerträge auf Konten im Ausland zu melden. Eigentlich sind über 100 Länder am CRS beteiligt. Warum standen Ihnen für Ihre Analyse lediglich Daten aus 16 Ländern zur Verfügung?

Erstaunlicherweise sind die beteiligten Länder zögerlich, Statistiken dazu zu veröffentlichen. Viele begründen das damit, dass die internationalen Abkommen ihnen nicht erlauben, die Daten für etwas anderes als für die Steuerfahndung zu verwenden. Das ist eine fragwürdige Interpretation, denn bei Statistiken kann man sich eigentlich nicht auf das Steuergeheimnis berufen, das bei Individualdaten natürlich gilt.

2. Wie gut sind die Daten, die Sie bekommen haben?

Der Informationsaustausch hat mit allen Ländern, die uns Daten geschickt haben, in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Das ist natürlich zunächst einmal gut. Wir haben zum Beispiel erfragt, wie hoch die Zuordnungsraten sind, um zu erfahren, wie gut die Steuerbehörden die empfangenen Informationen mit Informationen über Steuerzahler*innen im Inland verknüpfen können. Erstaunlicherweise geben die Steuerbehörden an, dass sie Zuordnungsraten von über 80 Prozent im Falle Deutschlands und in Belgien, Spanien und Norwegen sogar über 90 Prozent haben. Das heißt, die Datenqualität scheint nicht schlecht zu sein. Entgegen dem, was viele Beobachter erwartet hatten, können die Steuerbehörden die Daten den inländischen Steuerpflichtigen relativ gut zuordnen. Mit einer Einschränkung: Bei den Firmenkonten scheint noch etwas Nachbesserungsbedarf zu bestehen.

3. Zu welchem Anteil gehört denn das gemeldete Vermögen Firmen und zu welchem Anteil gehört es Privatpersonen?

Wenn man nur die Anzahl der Konten betrachtet, dann wären weniger als fünf Prozent der Konten Firmenkonten. Aber da die Firmenkonten ein viel höheres Guthaben aufweisen, sind es dann doch etwa 50 Prozent der Vermögen, die Firmen gehören oder die von Firmen gehalten werden.

4. Ein zentrales Ziel des CRS ist es, die wirtschaftlich Berechtigten hinter Briefkastenfirmen zu identifizieren. Inwieweit lässt sich das tatsächlich feststellen?

Wir haben die Länder dazu befragt, aber nur von Dänemark und Großbritannien Rückmeldungen bekommen. Diese haben gesagt, dass im Schnitt bei 60 Prozent der Konten passiver Firmen Informationen über die wirtschaftlich Berechtigten vorliegen. Das ist nicht perfekt, aber schon mal ziemlich gut, würde ich sagen.

5. Welche Rolle spielen die CRS-Daten für die Steuerfahndung?

Der automatische Informationsaustausch hat natürlich eine abschreckende Wirkung. Es gibt Studien, die zeigen, dass die freiwillige Meldung von Auslandskonten nach Einführung des automatischen Informationsaustauschs gestiegen ist. Noch dazu können die Steuerbehörden die Daten, die sie erhalten, auch für die Steuerfahndung oder die Steuerprüfung nutzen.

6. Was müsste geschehen, um die Effektivität des Informationsaustausches zu verbessern?

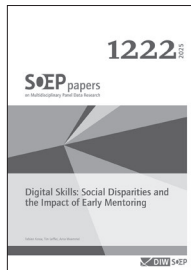
Nach den Angaben, die wir jetzt von den Steuerbehörden erhalten haben, sieht es so aus, dass die Zuordnungsraten bei Firmenkonten noch etwas verbessert werden könnten. Darüber hinaus wäre es natürlich interessant, etwas mehr darüber zu erfahren, wie die Steuerbehörden diese Daten in der Steuerfahndung einsetzen. Da halten sich die Regierungen bisher recht bedeckt, vielleicht weil sie noch damit experimentieren und die Ergebnisse noch nicht vorzeigbar sind. Aber nach inzwischen acht Jahren mit dem automatischen Informationsaustausch kann die Öffentlichkeit eigentlich ein paar mehr öffentliche Evaluationen des Projekts erwarten.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1222
2025 | Fabian Kosse, Tim Leffler, Arna Woemmel



Digital Skills: Social Disparities and the Impact of Early Mentoring

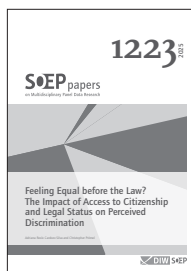
We investigate social disparities in digital skills, focusing on both actual proficiency levels and confidence in these skills. Drawing on a representative sample from Germany, we first demonstrate that both dimensions strongly predict labor market success. We then use this sample to identify gender and socioeconomic disparities in levels and confidence. Finally, using a long-run RCT panel framework with young adults, we confirm these disparities and provide causal evidence on the effects of enhancing the social environment in childhood. Assigning elementary school-aged children to a mentoring program persistently reduces socioeconomic gaps in confidence related to digital skills, but it does

not affect the level of digital skills.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1223
2025 | Adriana Rocío Cardozo Silva, Christopher Prömel



Feeling Equal before the Law? The Impact of Access to Citizenship and Legal Status on Perceived Discrimination

In this study, we contribute to the literature about the effects of improving access to citizenship on integration outcomes. Hereby, we exploit exogenous variation from two citizenship reforms in Germany to estimate the effects of residency requirements on perceived discrimination, which is strongly linked to individual well-being, sense of belonging, and migration desires and decisions. We find that reducing waiting times to become eligible for citizenship decreases perceptions of discrimination. However, heterogeneity analyses reveal that these effects appear to be mostly limited to men and immigrants from Eastern

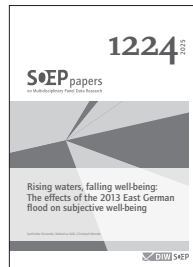
European countries. In addition to our main analysis, we exploit exogenous variation from EU enlargement to show that citizens from countries that became part of the EU report significantly less discrimination than non-EU immigrants.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1224

2025 | Sachintha Fernando, Katharina Kolb, Christoph Wunder



Rising Waters, Falling Well-Being: The Effects of the 2013 East German Flood on Subjective Well-Being

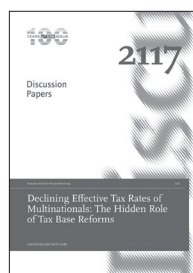
This paper employs a panel event study design to examine the causal effects of the 2013 flood disaster in East Germany on subjective well-being. We merge geo-spatial flood data with longitudinal data from the German Socio-Economic Panel (SOEP) to identify individuals in affected municipalities. Our results show that those affected by the flood report a significant life satisfaction drop of 0.17 points on an 11-point scale, which is equivalent to a 2.5% fall from pre-flood levels, in the year after the flood. The effect is more severe in peripheral areas than in central areas, and for low-income individuals than for high-income individuals. However, the effect dissipates by 2015. Additionally, we observe a notable initial decrease in health satisfaction, followed by recovery, while financial satisfaction was largely unaffected.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2117

2025 | Jules Ducept, Sarah Godar



Declining Effective Tax Rates of Multinationals: The Hidden Role of Tax Base Reforms

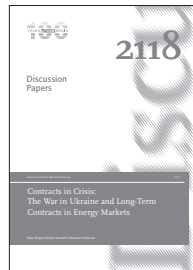
This paper documents the rise of corporate tax-base narrowing measures in the EU using a novel dataset covering both tax rate and tax base reforms implemented between 2014 and 2022. Our findings indicate a shift away from the 'cut rate – broaden base' approach, as governments increasingly align corporate taxation with industrial policy objectives. We show that EU tax competition exerts downward pressure on high-tax countries, while the likelihood of tax cuts also varies with the political orientation of governments. Using financial accounts from more than 40,000 affiliates, we find that the average effective tax rate of multinational enterprises in the EU has declined more rapidly than the statutory rate and estimate that tax base reforms account for 24% of this decline. The estimated revenue cost of all reforms combined amounts to 3.5% of total corporate tax revenue collected from the sample firms. These revenue losses should be carefully weighed against the anticipated benefits of tax reforms.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2118

2025 | Mats Kröger, Karsten Neuhoff, Sebastian Schwenen



Contracts in Crisis: The War in Ukraine and Long-Term Contracts in Energy Markets

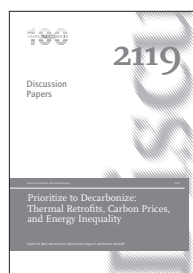
We examine the impact of the war in Ukraine on long-term contracts in energy markets. We find that traded contract volumes fall by 65 percent in the first months of the war. A collapse in bilateral trading contributes most to this decline. To protect themselves from price shocks, firms increasingly turned to long-term contracts already before the war. In sum, our results show that the market continued to serve firms' hedging needs during the crisis, but bilateral trading networks collapsed, and liquidity was largely provided by centralized markets.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2119

2025 | Sophie M. Behr, Merve Kucuk, Maximilian Longmuir, Karsten Neuhoff



Prioritize to Decarbonize: Thermal Retrofits, Carbon Prices, and Energy Inequality

The energy crisis following Russia's invasion of Ukraine exposed the heightened vulnerability of low-income households to rising heating costs, particularly those in energy inefficient buildings. Using data from the German Socio-Economic Panel (SOEP), this study examines the distributional impact of heating costs across income deciles and evaluates the effectiveness of policy interventions. We find that low-income tenants are the most vulnerable segment of the population, with elevated risks of energy poverty. While carbon pricing with landlord-tenant cost splitting shields low-income households from carbon costs, it fails to offset overall energy price increases. In contrast, a "Worst-First" retrofit strategy, prioritizing upgrades in the least efficient buildings, substantially reduces heating costs and mitigates energy poverty. Our findings highlight the need for targeted retrofit policies to ensure both equitable decarbonization and economic relief for vulnerable households.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



GRATULATIONEN

Herzlichen Glückwunsch, DIW Berlin!



„Wirtschaft ist nicht alles. Aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Dieser Ausspruch von Ludwig Erhard mag banal klingen; die Gültigkeit dieser Aussage muss aber immer und immer wieder betont werden. Diesem Anspruch widmet sich das DIW Berlin Tag für Tag (...).“



Kai Wegner
Regierender Bürgermeister von Berlin

„Die Leibniz-Gemeinschaft gratuliert dem DIW Berlin zu 100 bedeutenden Forschungsjahren (...). Es schafft Plattformen für den evidenzbasierten Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft und stärkt damit den demokratischen Diskurs.“



Prof. Dr. Martina Brockmeier
Präsidentin der Leibniz-Gemeinschaft

„Ein Fels in der Brandung: Seit 100 Jahren ist das DIW Berlin mit seiner exzellenten Forschung ein Kompass für kluge Entscheidungen! Die Faktenbasis des DIW Berlin ist wichtig für fundierte gesellschaftliche Debatten. Heute als Gegenmittel zum Populismus wichtiger denn je! (...).“



Dr. Sigrid Evelyn Nikutta
Vorsitzende des Kuratoriums des DIW Berlin
und Vorstandsvorsitzende DB Cargo

„Im Namen der Universität Potsdam gratuliere ich dem DIW Berlin zum 100. Geburtstag sehr herzlich. Gerade über die gemeinsam berufenen Professorinnen und Professoren gelingt dem DIW Berlin in Kooperation mit den Hochschulen der Transfer aktueller Forschung in die Gesellschaft hinein (...).“



Prof. Oliver Günther, Ph.D.
Präsident der Universität Potsdam

„(...) Möge das DIW Berlin sich seine wissenschaftliche Unabhängigkeit bewahren und auch in den kommenden Jahrzehnten mit klugen wirtschaftspolitischen Analysen eine wichtige Voraussetzung für wissenschaftsgeleitete Politik schaffen.“



Prof. Dr. Julia von Blumenthal
Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin

„Das DIW Berlin versteht es seit 100 Jahren meisterlich, sich immer wieder neu zu erfinden und innovative Forschungsansätze aufzugreifen. Wissenschaftlich exzellent, unbestechlich objektiv und – wenn nötig – auch erfrischend provokativ (...). Wir sind stolz, ein solch renommiertes Forschungsinstitut hier am Wirtschafts- und Innovationsstandort Berlin zu wissen.“



Franziska Giffey
Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe und Bürgermeisterin

„Seit einem Jahrhundert prägt das DIW Berlin mit unabhängiger Forschung die wirtschaftspolitische Debatte und liefert dank der Daten des Sozio-oekonomischen Panels zentrale Einblicke in die Lebensrealität der Menschen in Deutschland. Für die Zukunft wünsche ich dem DIW Berlin, dass es (...) ein Leuchtturm für Forschung, Dialog und Orientierung bleibt.“



Cem Özdemir
Bundesminister für Bildung
und Forschung a. D.

„Herzlichen Glückwunsch, liebes DIW Berlin, zum beeindruckenden 100-jährigen Jubiläum! Seit 1925 prägen Sie mit Ihrer unabhängigen Forschung und klugen Politikberatung die gesellschaftliche und wirtschaftliche Debatte – und das mit großem Erfolg. (...).“



Prof. Dr. Geraldine Rauch
Präsidentin der Technischen Universität Berlin

„Das DIW Berlin gehört zu den Leuchttürmen des Wissenschaftsstandorts Berlin. Für sich und im Zusammenspiel mit Institutionen in der Hauptstadt, bundesweit und international entfaltet es eine enorme Sichtbarkeit und Wirkung.“



Prof. Dr. Günter M. Ziegler
Präsident der Freien Universität Berlin